

Volkswacht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägertlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägertlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Gesuchanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter.

**FRIEDE
FREIHEIT
SOZIALISMUS**

17 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen und Wohnungsanzeigen für die nächste Nummer zu 4/6 oder in der Zweigstelle 212 39, Redaktion Nr. 217 38, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 15. Dezember 1932

Nr. 294

Hitler geht betteln bei Hugenberg

Hugenberg soll ihm zur Macht in Preußen verhelfen — Die Nazis wollen wissen, was sie tun müssen, um in Preußen an die Macht zu gelangen

War es nicht, als sei „eine Ros“ entsprungen, mitten in kalter Winternacht, als sich am Mittwoch plötzlich Abgesandte Hitlers zu Hugenbergs begaben? Inwieweit, zum „Hugenberg“? Nie die drei Wägen aus dem Morgenland, so kamen die Boten des großen Opa. Zwar kamen sie nicht nach biblischer Art, mit Myrrhen, Weihrauch und Gold. Nein, Hitler wollte bei dem Besuch etwas verdienen. Nicht mehr und nicht weniger soll die Umherlung des Hugenberges einbringen, als die Naziherrschaft in Preußen. Mit der „Schwarzen Pest“ allein konnte Preußen bisher von den Nazis nicht erobert werden. Jetzt soll der Hugenberg Hilfeleistung leisten.

Wahrlich, Hugenberg ist großes Heil durch Hitler widerfahren und es könnte dem braunen SA-Mann wie eine Märchen- und wie ein „jüdischer Dreh“, hätten sich die Nazis nicht schon längst das Staunen und Gerede über den „Führer“ und seine Opa abgewöhnt. War da nicht einmal der Jubel über den Sturm Brückings und der Pakt mit Wapen und seinen Baronen? Wie lange hat es gedauert, und dieselben „jüdischen“ Reaktionen? Mit der „Schwarzen Pest“ war es ungeteilt. Sie wurde erst behält und dann hat man ihr nach. Schneller als es sich ein SA-Mann angewöhnen konnte, saßen die Goering, Strasser, Hitler und Goebbels zusammen mit diesen „romhörigen schwarzen Separatisten und Landesverräteren“ beim gemütlichen „Kuhhandel“. Jetzt soll sich der gleiche Volksbetrug, und das gleiche Spiel mit Hugenberg. Der Feind von gestern ist plötzlich zum Freund geworden, weil man ihn braucht, um an die Futtertröge zu gelangen. Die Schulden sind so riesig, daß dringend die Staatskasse des größten Landes von einem Nazi-Finanzminister mit Beschlagnahme belegt werden muß.

Also verhandelte der Nazi-Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, am Mittwoch im Auftrage Hitlers mit Hugenbergs Vertrauten in Preußen.

Was im einzelnen gelauscht wurde, wird für streng vertraulich“ erklärt und doch liegt es auf der Hand. Nur muß man so dumm sein wie ein Nazi, um es nicht zu erfahren:

Verhandelt wurde darüber, wie die Voraus-

Voraussetzungen der Reichsregierung zur Aufhebung des Reichskommissariats erfüllt werden können.

Diese Voraussetzungen bestehen darin, daß das Reich die Entsendung eines preussischen Ministers als Vizekanzler in das Reichskabinett verlangt, um auf diese Weise eine gewisse Kontinuität zwischen der Reichs- und Preußen-Politik herbeizuführen. Die Nazis wollen diesen Minister aber nicht stellen, so sehr sie auch zur Futtertröge drängen. Sie wollen ihre Tolerierung der Schleicher-Regierung nicht so sehr in Erscheinung treten lassen. Da auch das Zentrum lieber nicht möchte, ist man schließlich auf die Deutschnationalen verfallen. Sie sollen dafür gleich zwei Ministerämter in Preußen erhalten. So soll von hinten herum der preussische Staatsrat Besitz ergreifen werden.

Vorerst ist der neue Handel noch nicht beendet. Das Zentrum steht ihm abwartend gegenüber. Wahrscheinlich, weil es vorläufig noch von seinem negativen Ausgang überzeugt ist. Nicht wegen der Nazis, sondern wegen der Deutschnationalen, von denen man annimmt, daß sie nicht ohne weiteres geneigt sind, die „Lüdenbürger“ der Nazis zu spielen.

Daß Hitler nach allem Vorausgegangenem überhaupt einen Versuch dazu gemacht hat, das zeigt, daß dieser Mann und seine Partei zu allem fähig ist, daß sie keine Grundsätze und keinen Charakter kennen.

60 000 Chinesen in der Mandchurei getötet

Die chinesische Delegation beim Völkerbund gibt bekannt, daß in der Mandchurei vom 18. September 1932 bis zum 5. Dezember 1932 von den Japanern 12 026 Zivilpersonen, 20 214 Soldaten, 390 Polizisten und 25 618 Freiwillige getötet worden sind. Das sind insgesamt 58 248 chinesische Staatsbürger.

Nationalsozialisten Lohje und Kube, die sich mit großem Pathos auf das Recht des Parlamentes und auf die demokratische Logik beriefen, in den höflichsten Formen vor sich. Nur auf diese indirekte Weise erhielt der Landtag, daß die Nationalsozialistischen Verhandlungen mit den Deutschnationalen angeknüpft haben, um mit deren Unterstützung zu dem lang ersehnten Ziel der Machtübernahme in Preußen zu gelangen. Der Sozialdemokrat Leinert erörterte scharfsinnig die rechtlichen Streitfragen, die dem Bruderzwil der Harzburger um die Aufsichtsratsfrage zugrunde liegen, und schlug die Überweisung der Materie an den Geschäftsführungs-Ausschuß vor. Das geschah.

Am Donnerstag stehen eine Reihe von Ausschussberichten, darunter wichtige Fragen der Kulturreaktion, auf der Tagesordnung.

Klagges gerettet

Mehrheitsantrag mit Stimmengleichheit abgelehnt — Deutschnationale und Volkspartei fallen um — Klagges entschuldigt sich Braunschweig, 14. Dezember. (Eigener Bericht.)

Mit den Stimmen der bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien ist am Mittwochabend im braunschweigischen Landtag nach einer fünfständigen Debatte der sozialdemokratische Minderheitsantrag gegen Nazi-Klagges bei Stimmengleichheit abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten die SPD, die KPD, und der jungdeutsche Abgeordnete Schrader. Nach der Ablehnung stimmte Schrader für einen volksparteilichen Antrag und ermöglichte dessen Annahme. Dieser Antrag verpflichtet Klagges zu nichts, sondern stellt es in sein Ermessen, den Hochschulkonflikt zu einem für beide Teile befriedigenden Ausgleich zu bringen.

In der vorausgegangenen, stellenweise stürmisch verlaufenen Aussprache rechnete der sozialdemokratische Abg. Kriete mit dem Spitzel- und Denunziantensystem im Hochschulwesen unter der Hera Klagges ab. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß der Naziminister sowohl die Hochschul- als auch die Reichsverwaltung verfehlt und seine Amtsgewalt mißbraucht habe. Die Disziplin an der Hochschule werde nicht dadurch gefördert, daß die Nazistudenten von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in den Vorlesungen sich den Anordnungen der Hochschulbehörde widersetzen, um dann ab 5 Uhr nachmittags auf dem Hochschulhof militärisch von SA-Leuten geschuldet zu werden. Die Hochschulen gehörten nicht in die Hand eines Klagges.

Klagges Verteidigungsrede war auffallend matt und in der Form außerordentlich gemäßig. Immer wieder entschuldigte er sich, daß er nicht den Konflikt ausgelöst und gemollt habe. Seine Maßnahmen seien nur vorübergehendem Charakter und nur zur Wahrung seiner Autorität nötig gewesen. Der deutschnationale Fraktionsführer, Professor Koloff, gab zu, daß keine Partei an einer Vertiefung des Konfliktes kein Interesse habe, das heißt im Augenblick eine Regierungsprellung und Landtagsauflösung noch für verfrüht ansehe. Die Nazifraktion wurde schließlich noch von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Thieleman gezwungen, von dem Auftreten des Nazi-Abgeordneten Dr. Zinsser abzurücken, der kurz vor der Abstimmung nochmals eine Solidaritätserklärung der nationalsozialistischen Alt-Abgeordneter für Klagges und mit Beschimpfungen gegen den Rektor verlesen hatte.

Wird Bayern gegen die Amnestie stimmen?

Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz im Reichsrat Einspruch zu erheben. Um das zu verhindern, haben die Nationalsozialisten ihren schon vor Monaten im Landtag eingebrachten, bisher aber noch nicht erledigten Amnestieantrag für das Gebiet des Freistaates Bayern wieder aufgenommen. Der Landtag wird diesen Antrag am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten annehmen und der Geschäftsregierung Geld damit das Recht abspredien, im Reichsrat gegen das Amnestiegesetz Einspruch zu erheben.

Vertagung in den Reichsratsausschüssen

Die Reichsratsausschüsse beschäftigten sich am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers Dr. Güttinger mit dem vom Reichstag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossenen Amnestiegesetz. Eine endgültige Entscheidung konnten die Ausschüsse jedoch noch nicht fassen. Eine zweite Sitzung soll am Dienstag stattfinden. Das Amnestiegesetz kann deshalb in der Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag noch nicht verabschiedet werden. Eine neue Vollziehung ist für Dienstagabend in Aussicht genommen.

Kommunistische Heuchelei

Sie werfen der SPD heimliche Tolerierung Schleichers vor und stimmen nicht für den Antrag der SPD gegen die Preussenkommisssare

Der Preussische Landtag, der am Mittwoch zu einer dreitägigen Sitzung zusammengetreten ist, nahm in seiner ersten Sitzung einige kommunistische Separatvorstellungen entgegen. In endlosen Reden zur Geschäftsordnung beantragte die KPD sofortige Stellungnahme zu politischen Maßnahmen, deren Objekt einige kommunistische Bezirkskonferenzen gewesen sind; dann wünschten sie eine Stellungnahme gegen das Verbot kommunistischer Zeitungen. Der Landtag lehnte ab.

Sierauf hielten es die Kommunisten für notwendig, vom Landtag aus eine Ermahnung an die preussische Regierung zu richten, die vom Reichstag beschlossene Amnestie im Reichsrat nicht zu gefährden, sondern ihr Zustandekommen zu unterstützen. Daß am Dienstag das Preussische Staatsministerium sich in diesem Sinne schuldig geworden ist, hat am Mittwoch in allen Zeitungen geklungen. Die Kraftankreuzung war also wieder einmal recht überflüssig; sie konnte ohne Nutzen sein. Aber der Landtag genehmigte in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten den nun einmal vorgetragenen Wunsch. Natürlich ließ die kommunistische Bemühung den Ehrgeiz des Nazi-Anwalts Treisler nicht schlafen; er beantragte, daß die Regierung sofort alle Maßnahmen zur Freilassung der unter der Amnestie gefallenen Personen erzeige und neue Strafvollstreckungsmaßnahmen gegen die von der Amnestie betroffenen Verurteilten nicht durchführe. Daß die Justizverwaltung der Länder in diesem Sinne verfahren, ist amtlich längst bekannt gewesen. Aber auch dieser überflüssige Beschluß wurde gefaßt.

Danach waren wieder die Kommunisten an der Reihe. Herr Böken mußte den neuesten kommunistischen Schwundel vortragen, daß die Sozialdemokratie zwar die Preussenkommisssare bekämpft habe, aber die Schleicher-Diktatur heimlich toleriere, und das im Bunde mit den Nazis, die das schon täten. Er forderte eine neue Stellungnahme des Landtages gegen die Kommissariatsdiktatur.

Der Zufall wollte es, daß der nächste Punkt der

Tagesordnung die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag war, der klar und eindeutig gegen jedes Kommissarsregiment protestiert und die Wiedereinsetzung des Kabinetts Braun in seine verfassungsmäßigen Rechte fordert. Bei diesem Antrag enthielten sich die Kommunisten der Stimme.

Immerhin war das schon ein Fortschritt gegenüber dem Monat November, wo sie gemeinsam mit den Nationalsozialisten sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt und dadurch den Landtag beschlußunfähig gemacht hatten. Infolge der Abgabe von Stimmzetteln durch die Kommunisten war diesmal der Landtag beschlußfähig, und während die Nazis und Hugenberger sich nicht an der Abstimmung beteiligten, wurde der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Die Nazis streikten auch bei der folgenden Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der das Wahlrecht der Zwanzig- bis Fünfundwanzigjährigen erhalten will. Die Partei Hitlers enthielt sich der Stimme. Der Antrag wurde von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Zentrum und Deutschnationale angenommen. Die gleiche Mehrheit entschied für die Anträge gegen diktatorische Reichs- oder Verwaltungsgesetze.

Zum Schluß der Sitzung gab es eine kleine Szene aus dem Bruderkrieg in der Harzburger Front. In den kräftigen preussischen Gesellschaften hatten die Deutschnationalen noch vom früheren Landtag her einige Aufsichtsratsposten beibehalten, die die Nazis mit milder Leidenschaft für sich beanspruchten. Der Kampf um diese zwei Aufsichtsratsposten hatte schon früher im Reichsrat und in der Vollziehung den Deutschnationalen die wütenden Beschimpfungen der Nazis eingebracht. Diesmal ging die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschnationalen von Waldhauhen und den

Ubrüstungskonferenz wieder flott

Zahlreiche Mächte gegen Sonderbesprechungen der Großmächte Keine Einwendung gegen den Inhalt des Fünfmächteabkommens Deutschland wieder in der Generalkommission

Genf, 14. Dezember. (Eig. Bericht.) In der Generalkommission der Ubrüstungskonferenz folgte auf die Verlesung des Fünfmächteabkommens durch Präsident Henderson eine lange Aussprache, in der kein Redner gegen den Inhalt selbst Stellung nahm, wohl aber fast alle Verwahrung einlegten gegen die Absicht der fünf Großmächte, auch in Zukunft weitere Besprechungen zur gemeinsamen Verständigung über Ubrüstungsfragen abzuhalten. Den formellen Vorbehalt Polens schlossen sich die Vertreter der Kleinen Entente an, sowie Uruguay, Griechenland und Belgien. Madaraga, Spanien schränkte diesen Protest dahin ein, daß Probleme von höchster Bedeutung existierten, in denen zuerst die Großmächte praktisch einig sein müßten, bevor die Konferenz weitere erprobliche Arbeit leisten könne. Wie die Türkei, Ungarn, Spanien, Bulgarien, Irland und China, so begrüßte Litwien-Mitland vor allem die Rückkehr Deutschlands mit Genugtuung, sowie die Anerkennung der Grundzüge im Fünfmächteabkommen für die praktische Politik. Wenn nach zehn Monaten die Konferenz wieder vollständig sei, so hoffe er, daß in den nächsten zehn Monaten auch etwas in der Ubrüstung erreicht werde und keine neuen Mitgliederverluste eintreten. Mit Begeisterung registrierte Masigli, Frankreich, daß gegen das

Abkommen selbst kein Widerspruch erhoben worden sei. Frankreich werde nicht zulassen, daß die Konferenz vor vollzogener Tatsachen gestellt werde, an denen ein größerer Kreis von Mächten interessiert sei. Die Fünfmächte-Verhandlungen würden nur begrenzte Ausnahmefälle betreffen. Auch Sir John Simon-England stellte die Methoden der Fünfmächte-Besprechungen als Ausnahme-Verfahren zur Förderung der Konferenzarbeit dar und begrüßte Deutschlands Rückkehr. Der deutsche Vertreter von Weisjäger dankte für die Begrüßungen in der Hoffnung, daß der gleiche Geist der Verständigung, der das Fünfmächte-Abkommen geschaffen habe, auch bei seiner Durchführung zum Besten des Friedens vorhalten werde. Henderson kündigte an, daß bis zur nächsten Sitzung die Letzte jener Abkommen ausgearbeitet würden, in denen alle bisher erreichten Einigungen zusammengefaßt würden zu einer allgemeinen Vorkonvention. Henderson betonte sehr scharf, daß er vom Bureau einstimmig beauftragt worden sei, an den kommenden Fünfmächtebesprechungen als Präsident teilzunehmen. Die Generalkommission vertagte sich schließlich auf den 31. Januar 1933. Das Bureau wird zur Vorbereitung der Tagesordnung am 23. Januar zusammenzutreten. Während der Vertagungszeit werden die Spezialkommissionen weiterarbeiten.

Der Konflikt Frankreich-USA.

Erregung wegen der Zahlungsverweigerung in USA. — Plant USA Vergeltungsmaßnahmen — Die Stellung Englands, Belgiens und Polens zur Schuldenfrage

New York, 15. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Erregung der Öffentlichkeit über die Einstellung der Schuldfrage hat sich noch nicht gelegt. Regierung und Presse sind stark bemüht, das Publikum zu beruhigen. Sie weisen auf die Isolierung Frankreichs und Belgiens hin und betonen, daß der europäischen Gesamtschulden würden pünktlich bezahlt werden. Wie verlautet, werden als Gegenmaßnahmen gegen die Zahlungsverweigerung die Suspendierung der französisch-amerikanischen Verzugsverhandlungen und die Einführung von Vergeltungsmaßnahmen erwogen. Im Kongreß ist man besonders scharf auf Frankreich zu sprechen. Man bezeichnet die französische Haltung für unklar und undankbar.

England von der Bedeutung privater wie öffentlicher Verpflichtungen habe, mache eine Zahlungsverweigerung unmöglich. Trotzdem dürfe die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Anerkennung des vor dem Hoover-Moratorium bestehenden Schuldenstandes aufgefaßt werden.

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Crisp, betonte, eine aktivere Politik Englands in der Ubrüstungsfrage habe die Position des Landes in der Schuldenfrage gestärkt. Die Arbeiterpartei halte an der Notwendigkeit einer Schuldrevision fest, glaube aber nicht, daß diese durch eine Zahlungsverweigerung erreicht werde.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Der französische Botschafter in Washington, Claudel, war von der französischen Regierung beauftragt worden, am Mittwoch eine höfliche Demarche bei Staatssekretär Stimson zu machen und ihm auseinanderzusetzen, daß infolge des Vetos der französischen Kammer das französische Kabinett nur noch mit der Erledigung der laufenden Amtsgeschäfte beauftragt und deshalb nicht mehr dazu qualifiziert sei, die Verhandlungen über die am 15. Dezember fälligen Zahlungen fortzusetzen. In letzter Minute ist nun aber, wie der „Petit Parisien“ aus Washington meldet, diese Demarche wieder abgelehnt worden.

Brüssel, 14. Dezember. (Eigener Bericht.) Die Weigerung der belgischen Regierung, die fälligen Schulden an Amerika zu zahlen, wird von Presse und Öffentlichkeit in Belgien mit Befriedigung aufgenommen. Man hat hier vertretenen Auffassung unterschiedet sich der Fall Belgiens wesentlich von dem Frankreichs, und zwar deshalb, weil das Recht Belgiens auf Wiedererstattung seiner Kriegsschäden jederzeit von allen Seiten anerkannt worden ist.

London, 15. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Unterhausdebatte über die Schuldenfrage erregte die Aufmerksamkeit der Chamberlain. Er wies darauf hin, daß die englische Regierung unentwegt für die Beilegung des gesamten Reparations- und Kriegsschuldenstandes eingetreten sei und damit eine Haltung eingenommen habe, zu der sich andere Länder erst unter dem Druck der Tatsachen bequemen hätten. Durch seinen Moratoriumsvertrag habe Hoover den Zusammenhang zwischen Kriegsschulden und Reparationen anerkannt. Die amerikanische Regierung habe in auch eine verbindliche Reparationsvereinbarung in Europa zur Voraussetzung einer Revision der internationalen Kriegsschulden an Amerika gemacht. Eine Rückkehr zu dem vor dem Hoover-Moratorium bestehenden System der internationalen Schuldzahlung sei unmöglich. Eine Verweigerung der Zahlung der am 15. Dezember fälligen Rate könne für England nicht in Frage. Die Auffassung, die man in

Antlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat am Mittwoch die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgegeben. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben und ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichen

Warschau, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Die polnische Regierung hat auf ihre zweite Note nach Washington wegen der Stundung der heute fälligen Schuldzahlung noch keine Antwort erhalten. Es ist vorläufig noch unklar, welchen Standpunkt Polen nun einzunehmen gedenkt.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Leon Blum begründet im „Populaire“ eingehend die Haltung der Sozialisten bei der entscheidenden Kammerabstimmung. Er erklärt, die Mehrheit von 400 Stimmen, die das Kabinett gestützt hat, habe als wichtigste Elemente einerseits die Rechte unter Führung von Tardieu und Marin, andererseits die sozialistische Fraktion umfaßt. Um diese Verbindung zu vermeiden, hätten die Sozialisten in den letzten Tagen alle Anstrengungen zugunsten einer vermittelnden Lösung der Schuldenfrage unternommen, denn sie hätten nicht mit Vorbedacht diese Gelegenheit für den Sturz der Regierung gewährt. Zwischen der ehemaligen Reichsregierung und den Sozialisten gäbe es aber außer der gleichen Farbe der Stimmzettel nichts gemeinsames. Die sozialistische Partei sei konsequent mit sich selbst geblieben, während die ehemalige Reichsregierung in anderer Weise verfuhr, sich den Folgen ihrer Haltung zu entziehen. Die alte Reichsregierung sei den nationalitären Wutgeheul gewichen, während die Sozialisten in voller Gewissensruhe bemerkt haben, ihr in noch wirksamerer Weise den Weg zu versperren.

Hoover plant sofortige Schuldenverhandlungen

Washington, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Wie verlautet, ist die Bundesregierung angedacht, der Schuldfrage zu sofortigen Revisionsverhandlungen bereit. Hoover plant angeblich in seiner bevorstehenden Botschaft an den Kongreß die Nachsicht von Sondervollmachten und die Einleitung einer sechsmonatigen gemischten Kommissionsverhandlungen mit den Schuldstaaten. In erster Linie wollen man den ihren Dezemberzahlungen nachkommenden Staaten entgegenkommen. Die Zustimmung des Kongresses zu den Verhandlungen Hoovers ist jedoch unwahrscheinlich.

Hungerstreik in Genf

Zürich, 14. Dezember. (Eigener Bericht.) Aus Protest gegen die Verschärfung des Gefängnis-Regimes sind mehrere sozialdemokratische und kommunistische Gefangene im Gefängnis St. Antoine in Genf in den Hungerstreik getreten. Die Gefangenen sitzen wegen der Genfer Ereignisse in Haft. Unter ihnen befindet sich der bekannte kommunistische Agitator Hundert-Droz.

Neue Reichstagsfraktion?

Die Kommunisten fordern den Zusammentritt des Reichstages zum 19. Dezember. Auf die Tagesordnung sollen die Anträge des Haushaltsausschusses zur Aufhebung der sozialpolitischen Notverordnungen, die Winterhilfe und ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung Schleiher gesetzt werden. Ob und wann der Reichstagspräsident den Vorkonvention zur Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag zusammenrufen wird, steht noch nicht fest. Sicher ist jedoch, daß die Mehrheit des Reichstages einschließlich der Nationalsozialisten dem Verlangen nach Einberufung einer Sitzung noch vor Weihnachten nicht entsprechen wird. Die Sozialdemokraten, die sich bereits in der letzten Reichstagsfraktion gegen die lange Vertagung des Parlamentes ausgesprochen hatte, wird ihre Stellung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstages in der Hauptsache davon abhängig machen, ob die Reichsregierung den Beschlüssen des Reichstages über eine Winterhilfe für Bedienstete entspricht.

Lohnabbauverordnung aufgehoben

Einige Ubergangsbestimmungen

Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der 2. Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Antlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat am Mittwoch die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgegeben. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben und ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichen

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Gollig

Deutsche Rechte: Fadelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf (Nachdruck verboten)

Der Chefredakteur des Berliner „Vormärts“ unterbrach den Leitartikel, den er für die Abendausgabe unter der Feder hatte, las zum fünften Male die Botschaft des französischen Ministers Brandt an den Duce, geriss durch den schon halb fertigen Leitartikel und schrieb einen neuen, in dem er Leon Brandt als den unerhörtesten Verkünder neuer chauvinistischer Gefinnung und Methoden dries.

In den Staatskanzleien Europas reichte man den „Helios“-Zustand von Hand zu Hand, schüttelte den Kopf, lächelte spöttisch oder ungläubig, der eine oder andere Minister tippte vielleicht gegen die Stirn: vielleicht wird wirklich bessere Politik gemacht, wenn die Politiker mehr mit dem Herzen als mit dem Gehirn dächten!

Baron Saint Brice durchmaß unwillig seinen Arbeitstisch. Der Appell seines Ingenieurs an den Duce war zweifellos gut gemeint, aber höchst un diplomatisch! Die Stimme des Herzens war heute wie früher ein unantastliches Kriterium der Politik! Capponi würde nur wackerer die Lippen verziehen. Denn dieser in Euren einherfliegende Falschheit ließ sich nicht mit Schalmeier einspielen. Man legte Capponi sogar nach, daß er ritterliche Kampfeslust und großartige Geistes hier und da gern zur Schau trug. — Bei diesem Gedanken schüttelte Saint Brice nämlich eine kleine Spannung der Nerven. Wenn Capponi sich durch Brandts großzügigen Anruf zur Vernunft belehren ließe? — Der wackrigere Greis begann, ohne daß er es sich eingestanden hätte, sich an eine ferne Hoffnung zu klammern: vielleicht war der „Helios“-Falschheit doch ein gewisses...

In Arbeitskreis des Duce sind die Seidenwägen gegen die große Vernichtungspläne vorgezogen.

Capponi hat regungslos über den Revisionsentwurf geneigt. Der Staatssekretär, zwei Schritte rechts von ihm im Sessel, hängt mit erwartungslosen Augen am kleineren Gesicht seines Herrn.

Der Duce braucht lange zur Bekürze der wenigen Sätze! Und noch länger, um seinen Befehl zu erteilen.

Capponi richtet sich aus seiner Verfeinerung auf. Mit raschem Geiß zieht er einen der Depeschentischen über den Tisch heran, müßt in den Blättern, bis er das Gesuchte gefunden hat, schlägt leise mit der Faust auf die Armlehne des Stuhles:

„Bitte, mein Lieber!“ sagt er gedämpft und mit rascheren Atemzügen als sonst. „Bitte, wer von den beiden führt uns an der Nase herum? Saint Brice schickt mir gestern ein feindliches Ultimatum ins Haus, das ich heute nachmittags bis drei Uhr annehmen oder verwerfen muß — und hier übermittelt mir der Augenminister Brandt Grüße Frankreichs an Italien! Bitte, lösen Sie das Rätsel, mein Lieber! Er härt den Staatssekretär drohend an.“

Der hohe Beamte sitzt steif im Sessel und fußt noch einer Antwort. Seit wann — denkt er — ist das Rätselraten Sache eines italienischen Staatssekretärs? Bisher hat es immer nur Befehle gegeben, Instruktionen. Jetzt soll man plötzlich mit Rätseln aufwarten...! „Mir scheint“, antwortet er endlich, „im Schilde der französischen Regierung herrscht keine vollkommene Harmonie.“

„Diesen Eindruck habe ich auch!“ hähnt der Duce zurück, sein Gesicht bleibt unbewegt. Eine Minute Schweigen. Dann schickt er den Staatssekretär mit leiser Gereiztheit hinaus: „Bitte, ich werde Sie dann rufen lassen.“

Capponi steht am Tisch. Da liegt schon die Antwort bereit, die der Botschafter heute nachmittags am Duce d'Orsay übergeben soll: ... Italien wünscht Freundschaft mit allen Nachbarn, aber es kann eine Beeinträchtigung seiner Souveränität nicht zulassen. Die Regierung muß auf der vorbehaltlosen Räumung Albaniens durch die Südlawen bestehen, ehe weitere Verhandlungen möglich sind. ... Der Duce wandert wieder ziellos durch den Saal. Frankreich grüßt Italien...! Wo am Ende die Note zerfallen, die schon fertig formuliert auf dem Tisch liegt? Das geladene Schwert wieder in die Scheide zurückstecken? Jug um Jug mit den Belgarden das fremde Land aufgeben? — Ah, wie die Italiener mit veränderlichen Augen nach dem Palazzo Venezia starren würden! Wo doch kein eisenharter Imperator, dieser Capponi! Er nimmt die Hand dessen, der er für kein Wunderbar zu schimpflicher Reiterstraße verurteilt hatte! Entsetzt nicht haben, jenes Gefährte Europa? Es wird eben auch in Rom mit Wasser gekocht nicht wahr?, mit lauwarmem Wasser, das der französische Verbrüderungsappell auf Italiens Feuerherd stellt!

Capponi hähnt auf das durcheinander Rufen der Seidenvor-

hänge. Jetzt wendet er sich den Kopf gegen die Eingangstür. Von dorthier kommt, aus Zwielicht und Weite mit unsicheren Konturen aufwachsend, die dürre Gestalt des Staatssekretärs.

Der Duce nimmt das Blatt vom Tisch. „Der Botschafter hat die Note drei Uhr nachmittags in Paris zu überreichen.“

Nach wenigen Augenblicken spricht Capponi mit dem deutschen Botschafter durchs Telefon: ... ich hoffe, verehrter Herr Botschafter, eine Aussprache über die augenblickliche Situation wird Ihnen ebenso erwünscht sein wie mir...“

In seiner cremefarbenen Limousine fährt Baron Saint Brice über den prunkvollen Pont Alexandre. Die Räder rollen auf dem durchglühenden Asphalt wie auf Kuchensteig. Die Ähren des Champagner Glases wagt von Menschen, funkeln den Autoskramanten und brodelndem Silberdunst. Und dahinter, in den ruhigen Anlagen, die dem Palais de l'Élysée vorgelagert sind, hängt sich irrtümliche Stille auf die Wagenstühle.

Saint Brice hat den Hut neben sich aufs Volkser gelegt und trocknet die Stirn. — Jetzt geht es also auf Biegen und Brechen. Denn was der Ministerpräsident in seiner Rodolphe zum Präsidenten der Republik trägt, ist die höfliche, aber unbedeutende Abfuhr. Nicht um Zollbreite hat sich der Falschheit aus dem Glanz werfen lassen! Man muß der Entscheidung gefaßt werden, ohne Wankeln. Aber Brandt funkte eben noch vom „Helios“: „Auch bei Ablehnung seitens Capponi keinen Schritt weiter auf der jährlichen Ebene, da Volk etwaige Waffenentziehung als schuldig ablehnt“; diesen einen Satz, nichts weiter.

Saint Brice drückt die schmale, gealterte Hand auf die linke Brust. Seit heute morgen will das Herz nicht mehr recht arbeiten. Mehr als zweimal verumwundungs Stunden nahezu ohne Schlaf, dazu endlose Konferenzen, Berge beunruhigender Telegramme, wachsende Unsicherheit, Aufpeitschungen und Bekämpfungen seitens der Presse... wer hält das ungeheuer aus!

Die Limousine stoppt vor dem Palais de l'Élysée. Die Köpfe der republikanischen Garde präsentieren. Mit feberndem Schritten nimmt der Greis die Eingangsstufen, denn die Neugierigen, die draußen vor den Ehrentüren herumlungern, sollen nicht auf den lächerlichen Gedanken kommen. Frankreichs Ministerpräsident sei ein alter, verbrauchter Mann...

Der Präsident ist ihm schon durch drei Zimmer entgegen gekommen.

„Ich gehe die Hoffnung nicht auf, lieber Baron“, sagt er und bemüht sich, seine asthmatischen Beschwerden zu unterdrücken. „das Gewitter wird sich nicht entladen.“

Breslauer Nachrichten

Großfeuer in der Dfener Straße

Was ist ein Glücksbrief?

Ziffern und Zahlen aus einem großen Lotteriewert Briefe sind oft genug Schicksale. Im guten und im schlechten...

So will auch ein „Glücksbrief“ der Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt 1932 angeprochen werden: als eine Botschaft...

Zehn Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie zu 5 Mark und zwanzig Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie zu 10 Mark enthält...

Gerade bei dieser „juziale“ Lotterieverordnung, die mit voller Mühe so durchgeführt ist, wird der Erwerb eines „Glücksbriefes“...

Deshalb kann man sich wohl kaum ein besseres Weihnachtsgeheimnis denken, als den Erwerb eines solchen Glücksbriefes für einen Angehörigen...

Kunstpappenfabrik fast ausgebrannt - Ein Feuerwehrmann durch Stichflammen erheblich verletzt - Kirchenneubau und Fabrikschornstein unter Wasser gehalten

In der im Grundstück Dfener Straße 48/50 gelegenen Kunstpappenfabrik A. Sauer und Sohn brach gestern abend gegen 19.30 Uhr ein Feuer aus...

Im Fabrikgebäude, das etwa 100 Meter abseits von der Baufluchtlinie der Straße liegt, wurde in einer zweiten Schicht gearbeitet...

Ungeheure Stichflammen schlugen aus den Fenstern und der Dachkonstruktion und die außerwöhnliche Hitze, die sich entwickelte, erschwerten das Herankommen an den Brandherd...

hervorsprühende Funkenregen die Baugeriße in Flammen sezt hätten. Der Hauptangriff der Feuerwehr ging daher von dieser Seite aus...

Durch Stichflammen verletzt worden. Bei einem Vorgehen im Inneren des Gebäudes, vom Altpapierlager zu den Trockenräumen...

und auch das Lager der Fertigwaren wurden nicht in Mitleidenschaft gezogen, jedoch der Betrieb nicht eingestellt werden braucht...

Selbstverständlich hatte die Bekämpfung dieses Großfeuers, die unter Leitung des Branddirektors Kaiser und der Bauräte Hoffmann und Kule erfolgte...

eine riesige Menschenmenge angelockt und die Polizei mußte umfangreiche Absperrenungen vornehmen...

Bericht der Feuerwehr

Am 14. Dezember, gegen 19.30 Uhr, wurde die Feuerwehr durch mündliche Meldung auf der Feuerwache 5 nach Dfener Straße 48/50 alarmiert...

Mit dem Beleuchtungs-Apparat der Feuerwehr wurde die Brandstelle nach dem Niedertämpfen des Feuers ausreichend erhellt...

Es ist wieder mal einer gekommen

Bei dem noch. Nämlich die SAP. Es ist sogar wieder einmal einer gekommen. Großartig wird er in dem in Breslau erscheinenden Zentralorgan der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung begrüßt...

Berichtigung: Wir müssen uns gleich hier berichtigen. Die Zeilen waren schon im Druck, als die gestern erschienene Nummer von dem Ausschluß des Jugendgenossen Beda berichtet...

Unterhaltungsnachmittag des Afa-Ortszweigs für Gewerkschaftler

Einen lustigen Nachmittag veranstaltete das Afa-Ortszweigt für die erwerbslosen Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war von einer erwartungsvollen Schaar von Kolleginnen und Kollegen...

Einbrüche

In der Nacht zu Mittwoch wurde in eine Schankstätt am Schweißnicher Stadtgraben eingebrochen. Zigarren, Zigaretten, Liköre und eine Geldkassette mit einem kleinen Betrag...

Aus einem Geflügelgeschäft in der Aisenstraße wurde in der gleichen Nacht geschlachtetes Geflügel im Werte von 100 Mark gestohlen...

Im Hofe eines Grundstücks in der Tauentzienstraße verschwand aus zwei dort stehenden verschlossenen Kisten zwanzig Flaschen Wein...

Zusammenstoß

An der Kreuzung Gräbichener- und Holteistraße stießen gestern abend ein Lieferauto und der auf dem Motorrad fahrende Landwirt N. aus Jenkowitz zusammen...

Unfall mit Gas

In ihrer Wohnung in der Augustastrasse wurde gestern abend die 63jährige Krankenschwester Elisabeth S. tot aufgefunden...

unglücke hatte den Hahn ihrer Lampe nur mangelhaft geschlossen, so daß das Gas weiter ausströmen konnte und sie betäubte.

Student als Uhrendieb

In einem Uhrengeschäft in der Viktoriastraße ergriffen gestern nachmittag ein Mann, der sich Herrenarmbanduhren zum Kauf vorlegen ließ...

Neues vom Stadttheater

Als nächste Operette gelangt am 29. Dezember das überall mit großem Erfolg gespielte Werk des ungarischen Komponisten Karl Komjati „Lango um Mitternacht“...

Breslauer Filmrevue

Die Öffentliche Bauparkasse für Niederschlesien, die Gemeinschaftsgründung der niederschlesischen öffentlichen Sparkassen...

Fiehende Schatten

Dieser Film ist ganz prachtvoll. Nicht nur, daß Meister Udet, der Kunstflieger, als Hauptakteur mit von der Partie ist, sondern daß er beiseite zurücktritt...

TONKINO GEWERKSCHAFTSHAUS LICHTSPIELE Ab Freitag, den 16. Dezember: Es lebe die Freiheit Der Zinker

Am 23. u. 24. Dez. bleibt unser Kino geschlossen.

Französische Arbeitsbeschaffung

Auch in Frankreich macht die Regierung zur Zeit den Versuch, mit Hilfe systematischer Arbeitsbeschaffung den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die Kammer beschäftigte sich bereits mit einem Gesetz zur Ausführung großer öffentlicher Arbeiten. Die Regierung verfolgt mit diesem Entwurf einen zweifachen Zweck: erstens will sie durch Schaffung neuer Arbeitsstellen die Arbeitslosigkeit verringern und die Beschäftigten die Möglichkeit geben, die in diesem Entwurf die Ausbalanzierung des Staatshaushalts für die Jahre 1933 und 1934 erleichtern.

Der zweite Zweck ist der Hauptgrund dafür, daß die Vorlage jetzt, d. h. vor der Beratung des Budgetentwurfs für 1933, in der Kammer unterbreitet werden soll; denn in die Vorlage wurden verschiedene bereits ausgeführte Arbeiten einbezogen, für die Kredite noch nicht bewilligt waren; auch umfaßt die Vorlage eine Anzahl laufender Arbeiten, die bisher stets auf Kosten des Staatshaushalts ausgeführt worden sind. Nun die für die Durchführung des Gesetzentwurfes notwendigen Gelder durch Anleihen aufgebracht werden sollen, werden die ordentlichen Budgetausgaben des nächsten Jahres um 1 1/2 Milliarden und die des Jahres 1934 um 700 Millionen Francs verringert.

Der Regierungsentwurf sieht Arbeiten in Höhe von 100 Millionen Francs vor, die zur Hälfte auf die Jahre 1933 und 1934 verteilt werden sollen. Von dem genannten Betrag sind 1,6 Milliarden für bereits ausgeführte oder in Gang befindliche Arbeiten und 2,2 Milliarden für laufende Arbeiten (hauptsächlich Unterhaltungsarbeiten) abzuziehen, so daß für wirklich neue zusätzliche Arbeiten nur ein Betrag von etwa 3,3 Milliarden übrig bleibt. Das macht für jedes Jahr 1,65 Milliarden, d. h. etwa 275 Millionen Mark aus, die — auf ganz Frankreich verteilt — wahrscheinlich nicht die erhoffte Wirkung, d. h. eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Von den 3,3 Milliarden für neue Arbeiten entfallen allein auf das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Für den Bau von Straßen und Brücken sind 1,1 Milliarden bestimmt, für Anlage neuer Schiffsfahrwege und Flußhäfen 328 Millionen, für Häfen und Küstenarbeiten 708 Millionen, für Wasserkraftwerke 356 Millionen usw.

Der Finanzausschuß der Kammer hat an dieser Vorlage grundlegende Veränderungen vorgenommen. Er hat einen Kredit von 125 Millionen wieder auf das ordentliche Budget übertragen und die Gesamtkosten der Vorlage dann um 57 Millionen erhöht. Diese Erhöhung ist durch Vermehrung der Arbeiten in Höhe von über 1,5 Milliarden (davon u. a. 500 Millionen für die Landwirtschaft, 320 Millionen für die Gesundheitspflege und 241 Millionen für das Unterrichtswesen) und durch Verringerung anderer Arbeiten in Höhe von 750 Millionen zustande gekommen. Der der Kammer unterbreitete Text der Vorlage sieht also einen Gesamtkredit von 7,8 Milliarden Francs vor, von denen im nächsten Jahre 3,580 Milliarden verausgabt werden sollen.

Bei der sozialistischen Fraktion hat dieser Arbeitsbeschaffungsplan keinen Anklang gefunden, weil er nach ihrer Auffassung unzureichend ist und weil die Kredite zu sehr verstreut sind, so daß das erstrebte Ziel einer Verringerung der Arbeitslosigkeit mit diesem Plan nicht gewährleistet sei. Im Namen der Fraktion hat deshalb der Abgeordnete Bedouce einen Gegenentwurf ausgearbeitet. Dieser Gegenentwurf ist zunächst nur in seinen Grundzügen bekannt. Er sieht einen auf fünf Jahre verteilten Arbeitsbeschaffungsplan vor, dessen Ausführung auf 30 Milliarden Francs veranschlagt ist. Bei diesem Plan handelt es sich nur um neue Arbeiten. Die Mittel für ihn sollen durch Ausgabe von Obligationen nach dem jeweiligen Bedarf aufgebracht werden. Für die Ausgabe dieser Obligationen schlägt Bedouce ein sinnreiches System vor. Er geht von der Tatsache aus, daß in Frankreich ungeheure Kapitalien mangels sicherer Investierungsmöglichkeiten in Sparkruppen brachliegen und regt nun an, daß die französischen Sparkassen ermächtigt werden, außer den gewöhnlichen Sparsummen, die jederzeit abhebbar sind, sogenannte „investierte Spargelder“ anzunehmen, wofür den Sparern vierprozentige Obligationen mit jährlicher Verzinsung ausgestellt werden sollen. Bedouce meint, daß sich das Publikum um diese Titel geradezu reißen werde, weil sie höhere Zinsen bringen als die einfachen Spargelder und außerdem durch den Staat garantiert sind.

Die Regierung hat sich gegen diesen sozialistischen Arbeitsbeschaffungsplan, der noch nicht zur öffentlichen Debatte stand, ausgesprochen. Das geschah aber nicht aus grundsätzlichen, sondern lediglich aus rein praktischen Erwägungen. Die Regierung will natürlich zunächst ihren eigenen Plan, dessen Beratung die Kammer bereits begonnen hat, verabschiedet sehen, um möglichst schnell Geld in die leere Staatskasse zu bekommen und das Budget für das nächste Jahr auszubalanzieren. Aber sie hat bereits erklärt, daß sie ihre Vorlage nur als das Vorpiel zu einem größeren Plan ansehe, der im nächsten Jahre nach der Verabschiedung des Budgets aufgestellt werde. Wahrscheinlich wird die Mehrheit der Kammer dem Wunsch der Regierung entsprechen und den sozialistischen Gegenentwurf ablehnen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der sozialistische Vorschlag der Arbeitsbeschaffungspolitik in Frankreich schon jetzt einen bedeutsamen Auftrieb gegeben hat.

Der Kampf um die Erhaltung des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte

Beschäftigt zurzeit sehr stark die Angestelltengewerkschaften. Der Reichsarbeitsrat wird seine Beratungen über eine etwaige Wenderung dieses Gesetzes wahrscheinlich noch vor Weihnachten beenden.

Das „Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten“ vom 9. Juli 1926 ist seit geraumer Zeit Gegenstand blutiger Angriffe der Unternehmerverbände. Ihre Presse stellt die Dinge so dar, als ob das Gesetz den Zusammenbruch von Betrieben bewirke und den Angestellten selbst kein Nutzen nur durch vorzeitige Kündigung und Nichtwiedereinstellung von älteren Angestellten Schaden gebracht habe. Gegenüber dieser Kritik am Kündigungsschutzgesetz stellt der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten folgende Tatsachen fest:

Das Gesetz ist geschaffen worden, weil sich immer stärker zeigte, daß die Notlage der älteren Angestellten durch das allgemeine Streben der Arbeitgeber, bei Einstellung jüngere, billigere und gefügigere Kräfte zu bevorzugen, dringend ein Eingreifen erforderte. Die Forderungen der Angestelltengewerkschaften, die Verpflichtung für offene Stellen, Beschäftigungspflicht, Anspruch auf Abfertigung, Beseitigung der Rückstände im Angemessenwerden und in der Lehrlingshaltung sind vom Gesetzgeber nicht erfüllt worden. Lediglich der Kündigungsschutz und auch dieser bei weitem nicht in dem er-

forderlichen Ausmaße, wurde durch das Gesetz vom 9. Juli 1926 geschaffen, und damit wurde wenigstens für einige Monate Schutz vor der Vernichtung der Existenz durch die Stellenlosigkeit gewährt. Alle in der Zwischenzeit, insbesondere in der Krise, gesammelten Erfahrungen zeigen, daß das Gesetz diese seine einzige beschriebene Aufgabe auch erfüllt und sich darin bewährt hat.

Der Vorstand des Bundes der technischen Angestellten und Beamten erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie diese günstigen Wirkungen des Gesetzes und die Erfahrungen der von ihm Geschädigten würdigen und jedem Versuch einer Verschlechterung entgegenstellen. Darüber hinaus muß der Schutz der Angestellten vor der Willkür und der hemmungsfreien Abbau des Unternehmerriums durch wirksame Maßnahmen gemäß den gewerkschaftlichen Forderungen ergänzt und durchgeführt werden.

Im Preussischen Landtag haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, der von der Staatsregierung fordert, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß durch Gesetz die Arbeitgeber zur Beschäftigung einer angemessenen Zahl älterer Angestellten verpflichtet werden. Wozu dieser Umweg? Wenn die Nationalsozialisten für die älteren Angestellten etwas tun wollen, so ist im Reichstag dazu Gelegenheit. Sie brauchen dort nur für die Forderungen der Angestelltengewerkschaften einzutreten.

Folgen des Lohnraubs

Fleischverbrauch noch weiter zurückgegangen. Der japanische Lohnraub hat den Fleischverbrauch in Deutschland, trotzdem sich im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Preissteigerung durchgesetzt hat, weiter vermindert. Der Fleischverbrauch fiel von 11,77 Kilogramm pro Kopf im zweiten Vierteljahr 1932 auf 10,89 Kilogramm im dritten Vierteljahr 1932. Man muß aber berücksichtigen, daß weite Teile der deutschen Bevölkerung aus den verschiedensten Ursachen für den Fleischkonsum ausbleiben. Wenn man nur die sogenannten Fleischverbraucher berücksichtigt, ergibt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für das dritte Vierteljahr 1932 ein Fleischverbrauch von 14,95 Kilogramm gegen 16,16 Kilogramm im zweiten Vierteljahr 1932. Der Fleischverbrauch im dritten Vierteljahr 1931 betrug 16,25 und im dritten Vierteljahr 1931 sogar 18,02 Kilogramm.

Schlichter für den Schlichtungsbezirk Schlesien und Brandenburg

Die Pressestelle der Regierung teilt mit: Der Herr Reichsarbeitsminister hat mit Wirkung vom 1. Januar 1933 den Regierungsrat a. D. Brahn unter Entbindung von dem Amte als Schlichter für den Schlichtungsbezirk Westfalen zum Schlichter für den Schlichtungsbezirk Schlesien und Brandenburg mit dem Hauptstift in Breslau bestellt.

Berufung der Gesellenausschüsse und ihre Stellung zu den Breslauer Prüfungsausschüssen

Nach fast halbjähriger Pause trafen am Sonnabend im Gewerkschaftshaus die freigewerkschaftlichen Gesellenausschüsse mitglieder der Breslauer Innungen zusammen, vor denen Kollege Barisch über die „Gesellenprüfung in Handwerk und Industrie“ referierte. Jeder Lehrling hat die Verpflichtung, nach Abschluß der Lehrzeit eine Gesellenprüfung abzulegen. Es ist dabei ganz gleich, ob der Lehrbetrieb ein Handwerks- oder Industriebetrieb war. Zum Zwecke der Prüfung unterhalten Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer, jede für sich, Prüfungsausschüsse, doch ist der rechtliche Wert der Prüfung bei beiden Kammern verschieden. Die Handwerkskammer leitet ihr Recht, Gesellenprüfungen abzunehmen, von der Gewerbe-Ordnung § 127 c und die Industrie- und Handelskammer aus dem Handelstammergesetz § 38 her. Beide Prüfungsausschüsse haben eine Prüfungsordnung und an ihrer Spitze steht immer ein unparteilicher Vorsitzender. Nach dieser Prüfungsordnung müssen die Bewerber für die Prüfungsausschüsse beim Handwerk aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern bestehen, die von beiden Gruppen hierzu gewählt worden sind. Bei den Prüfungsausschüssen der Industrie- und Handelskammer bestehen die Bewerber aus einem Betriebsingenieur, dem Fortbildungsschullehrer, einem Meister und einem Facharbeiter, die von der Industrie- und Handelskammer hierzu ernannt sind. Diese Zusammenstellung zeigt, daß in letzterem von von Parität nicht die Rede ist. Gegen die Entscheidung der Prüfungsausschüsse können ihre Vorsitzenden Berufung einlegen. Zu diesem Zwecke besteht bei der Handwerkskammer ein Berufungsausschuß, der sich zu gleichen Teilen aus Meistern und Gesellen zusammensetzt, während das Prüfungsamt der Industrie- und Handelskammer nur aus Vertretern der Arbeitgeber gebildet wird. Es laufen also zwei gleiche Organisationen nebeneinander, sehr zum Schaden der Prüflinge. Nach Abschluß der Prüfung wird ein Prüfungszeugnis ausgestellt, das bei der Handwerkskammer als Lehrbrief im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen ist, während es bei der Industrie- und Handelskammer nur eine Bescheinigung über die vor dieser Ausschuss abgelegte Prüfung ist. Die letztere Prüfung wird von der Handwerkskammer nicht anerkannt, weil sie angeblich nicht den Voraussetzungen des § 127 c der Gewerbeordnung entspricht. Das bedeutet praktisch, daß der Geselle, der seine Lehrzeit im Industriebetrieb zugebracht hat, an der Handwerkskammer nicht zur Meisterprüfung zugelassen wird. Es ist dann erst notwendig, daß eine neue Gesellenprüfung vor der Handwerkskammer erfolgt. Wir stellen also fest, daß der Geselle, der ein Handwerk gelernt hat, eine ordentliche rechtliche Gesellenprüfung abgelegt hat, während der Geselle, der im Industriebetrieb lernt, keine rechtliche Prüfung nach der Gewerbeordnung besteht. Da der Geschädigte immer nur der Geselle ist, haben wir die Pflicht, diese Dinge der Öffentlichkeit vorzutragen und eine gesetzliche Abänderung dieses Zustandes zu verlangen. Insbesondere werden die Berufe des Metallgewerbes von dieser Zweipartigkeit betroffen. Eine Einigung zwischen Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer kann und muß im Interesse der Lehrlinge und Gesellen beider Gruppen erfolgen. Auch sind die kritischen Punkte nicht so schwer, als daß sie nicht bei einigermaßen gutem Willen zu lösen sind.

In der Aussprache werden die Anfänge dieses Streites besprochen und von allen Diskussionsrednern wurde verlangt, dafür zu sorgen, daß diese Verhältnisse geklärt werden. Dieser Streit kann nicht dauernd auf den Schultern der Lehrlinge und Gesellen ausgetragen werden, sondern muß der gesamten Arbeiterschaft wegen schnell gelöst werden.

Die Berufungsausschüsse der Handwerkskammer und den Berufungsausschuß des IHD, alles Notwendige zur Beseitigung dieses Mißstandes zu veranlassen.

Martyrium einer Ehe

Wenn der Mann Brennspiritus kauft

Der blutige Epilog einer durch den Alkohol zerrütteten Ehe spielte sich vor gestern und gestern vor dem Schwurgericht ab, vor dem sich die Frau des ehemaligen Hilfsrottenführers Lehm wegen Totschlages an ihrem Mann zu verantworten hatte. Die Angeklagte war mit L. seit 1928 verheiratet, hatte seither zwei Kinder geboren und außerdem die sechs Kinder aus der ersten Ehe des L. zu versorgen. Da der Mann rettungslos dem Alkohol verfallen war und, wenn nichts anderes vorhanden war, sogar Brennspiritus trank, gestalteten sich die vier Jahre dieser Ehe zu einem fürchterlichen Martyrium der Frau, die mit den Kindern in bitterster Not lebte und von dem Mann in der Trunkenheit oft mißhandelt wurde.

An dem fraglichen Tage hatte L. wiederum Brennspiritus getrunken und verlangte dann abends in diesem Zustand, daß die Frau mit ihm verkehre. Als sie sich weigerte, bedrängte er sie wie wild und wurde fälschlich. Sie schlüpfte, kam aber nach einigen Stunden wieder, um nachzuweisen, ob der Mann nun inzwischen eingeschlafen sei. Er wurde aber sofort wieder munter und ging wieder auf sie los, so daß sie in ihrer Erregung nach einem alten Gewehrfaß griff und blindlings auf ihn einschlug. Vor dem Schwurgericht erklärte Frau L., daß sie nicht die Absicht hatte, ihren Mann zu töten, sie habe ihm nur einen Dehnbügel geben wollen. Nach der Tat habe sie in ihrer Kopflosgkeit, als sie sah, was sie anrichtet hatte, einen Einbruch vorzukaufen wollen und durch die Kinder Nachbarn herbeizulassen lassen, denen sie erzählte, daß eingebrochen worden sei. Später hat sie die Tat eingestanden.

Die Zeugenvernehmung bestätigt, daß L. ein Trunkenbold war und ihm das Dienstverhältnis bei der Eisenbahn wegen seiner Trunksucht gekündigt worden war. Schon die erste Ehe von L. war infolge des Alkohols unglücklich. Auf dem Sterbebett bezeichnete seine erste Frau ihren Tod als eine erlebte Erlösung von dem schweren Leidensweg, den sie an der Seite des L. haben gehen müssen. Oberstaatsanwalt Hentzel hielt Frau L. als Kraftmüderin die berechtigte Erbitterung und leicht begreifliche Erregung zugute und beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Schwurgericht blieb noch erheblich unter diesem Antrag und verurteilte die Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang lediglich zu sechs Monaten Gefängnis.

Nimpfisch Host gegen Bruchreform

Die Nimpfische Stadtverordnetenversammlung sagte einstimmig dem Beschluß, daß die Stadt Nimpf beim Staatsgerichtshof gegen die Kreisauflösung klagt, nicht zu.

Todesurteil aufgehoben

Das Reichsgericht hat das Urteil des Glatzer Schwurgerichtes vom 1. Oktober 1932, durch das der Stellvertreter Mag. Kühnel

Aus der Umgebung

Kafender Bulle

tötet einen Stellenbesitzer und verletzt Fleischermeister. Beim Wiegen eines toten erkrankten Bullen wurde am Dienstag mittag der Fleischermeister Wajunka in Domsitz von dem plötzlich schon gewordenen Tiere in die Luft geschleudert und mehrfach verletzt. Die ihm zu Hilfe eilenden Ortsbewohner mußten vor dem rasenden Tiere, das alle erreichbaren Gegenstände zerstückerte, die Flucht ergreifen. Der Gutsinspektor Neuhaus erschieß ihn schließlich. Der Verkäufer, ein Stellenbesitzer Sch., regte sich bei dem Vorfall berührt auf, daß er in der folgenden Nacht einem Herzschlage erlag.

Jobten. 56 Menschen ohne Heim und Heimat. Laut Polizeibericht meldeten sich in Jobten in der Woche vom 26. November bis 11. Dezember 56 Menschen obdachlos. Die Heimatsorten wurden teils im hiesigen Polizeigefängnis, teils in der „Herberge zur Heimat“ untergebracht. — Wegen Verletzung von Polizeiverordnungen wurden zwei Anzeigen erstattet.

Schuborn. Erhebung der Kegersteuer abgelehnt. In der Gemeindevorstellung am Dienstag wurde die Erhebung der Bürgersteuer um 150 Proz. des Landeslages einstimmig abgelehnt. Unter „Beschließenem“ wurde vom Vorsteher darauf verwiesen, daß das Gut mehr auf die Sauberkeit der Straßen achten müsse. Die Herren Vertreter der Rechte hatten sich diesmal wieder zu der Sitzung eingefunden.

Jobten. Unser alter Kämpfer und Mitbegründer der Parteioffiziersorganisation in Jobten, Genosse August Weile (genannt „der alte Bebel“) feiert heute seinen 70. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch. Sekretariat: Margaretenstr. 17, Carlshaus (Neubau), Zimmer 173-174. Telefon 5906, 59061. Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr.

Schottwitz. Sonnabend, den 17. Dezember, 19,30 Uhr, bei Freija: Sonnenwendfeier der Freien Turnerschaft und der Ortsgruppe der SPD. Unkostenbeitrag 20 Pf. — Sonntag, den 18. Dezember, 16 Uhr, in demselben Lokal: Weihnachtsfeier für unsere Kinder. Sorgt für guten Besuch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt. Ortsgruppe Neumarkt, „Kameradschaft“. Sonnabend, den 17. Dezember, 20 Uhr, im Vereinslokal „Gelber Löwe“ Mitgliederversammlung. Sämtliche Kameraden, Spillente und Schupo haben zu erscheinen.

Der Tod im Tunnel

Die Ursachen der Schweizer Eisenbahnkatastrophe

Die Aufräumungsarbeiten auf dem Schauplatz des katastrophalen Eisenbahnzusammenstoßes im 400 Meter langen Götsch-Tunnel bei Luzern, sind in vollem Gange. Von den sechs Toten war es in einem Falle noch nicht möglich, die Identität festzustellen. Unter den tödlich Verunglückten befindet sich auch ein Reichsdeutscher: ein Herr Türk aus Berlin, Reisender eines Modewarenhauses. Unter den 13 Verletzten, die sämtlich ins Krankenhaus überführt wurden, ist eine aus Berlin-Spandau stammende 24jährige Vorfürhrdame, die in Begleitung des Berliner Reisenden fuhr.

Der interessante Autotransport

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks bestreite die ersten Feststellungen: der ums Leben gekommene Führer des von Zürich eintreffenden Schnellzuges hat sowohl ein geschlossenes Tor, als auch ein geschlossenes Hauptsignal übersehen. Das Versehen des Beamten ist umso merkwürdiger, als er sich schon während 41 Jahren im Dienst der Bundesbahnen bewährt hatte. Kurz vor dem Götsch-Tunnel laufen die Eisenbahngleise parallel mit einer Luzerner Vorortstraße. Bevor der Züricher Schnellzug in den Götsch-Tunnel einfuhr und die Halt gebietenden Signale passierte, beobachtete der Lokomotivführer des Zuges einen interessanten Autotransport auf jener Straße. Er war allein auf der Lokomotive, niemand war da, das Unglück zu hindern.

Ein weiteres Moment, das die Katastrophe ermöglichte,

war die Verzögerung des aus Luzern ausfahrenden Gotthard-Zuges. In Luzern war Markt; aus diesem Grunde verlief der überdies ungewöhnlich lange Gotthard-Zug den Abfahrtsbahnhof vier Minuten zu spät. Somit wäre die Begegnung der Züge innerhalb des Tunnels nicht möglich gewesen.

Das Chaos im Dunkel

Der Krach des Zusammenstoßes hatte ein paar zufällig in der Nähe weilende Sanitätsmännchen alarmiert. Zusammen mit dem überlebenden Zugpersonal leisteten sie die erste Hilfe. Durch die Dunkelheit wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Später traten einige Neapeltenscheinwerfer in Tätigkeit.

Die beiden Lokomotiven, der erste Personenwagen des Gotthardzuges, der hinter der elektrischen Lokomotive leerlaufende Schutzwagen des Züricher Zuges und dessen Stuttgarter Personenwagen, hatten sich durch den furchtbaren Zusammenstoß so vollkommen ineinander verwickelt, die Züricher Maschine blieb auf den Gleisen stehen; ihre Triebäder brachen von den Achsen; sie liegen neben den Schienen. Die Gotthard-Lokomotive hat sich hochgehoben, die Räder sind abgedrückt, die Puffer ineinandergeschoben, die Plattformwände völlig verbogen. Gleich nach dem Zusammenstoß hatte es durch Kurzschluss auch einen kleinen Brand gegeben; da jedoch einige geistesgegenwärtige Passagiere die Flammen sofort erstickten, konnte eine weitere Katastrophe, die in ihren Folgen unvorstellbar gewesen wäre, verhindert werden. Das Chaos der Waggentrümmer füllte den Tunnelhohlraum teilweise bis zur Decke. Das Stöhnen und Jammern der Verletzten wies den vom Luzerner Bahnhof an die Unfallstätte entsandten Rettungsmannschaften den Weg der Arbeit. In die Klagen der Verletzten mischte sich das Gebüll geängsteter Rufe, die in einigen Viehwagen des Gotthard-Zuges untergebracht waren.

Die ersten Toten

Die ersten Toten und Verwundeten fand man in dem nach Stuttgart bestimmten Wagen des Züricher Zuges. Zum Teil mußte das Gestell jenes Wagens auseinandergeschweißt werden, um die Verunglückten befreien zu können. Außerdem mußten Sitze herausgehoben werden. Schließlich wurden die Opfer der Katastrophe aus den Fenstern gehoben. Den Insassen der hochgehobenen Eilgut-, Gepäck- und Postwagen verfuhrte man mit Art und Säge einen Weg zu bahnen. Die Identifizierung der Toten war ungewöhnlich schwer. Die Körper waren zumeist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die Gesichtszüge zerquetscht und zerstört.

Am Mittwoch morgen rief eine Dampflokomotive einzelne Wagen aus dem Anhauf der Trümmer und des verbogenen Gehänges. Über den ganzen Mittwoch über mußten die Schweißapparate in Tätigkeit bleiben. Durch das Unglück werden die Gotthard-Züge über die Südbahn umgeleitet. Am Donnerstag wird der Verkehr durch den Tunnel voraussichtlich wieder aufgenommen werden.

Die Sperrmaßnahme . . .

Über der Schweiz liegt Trauerstimmung, überall ist die Anteilnahme groß. Aber der Schrecken, den die Katastrophe auslöste, läßt doch nicht die Kritik an den weiteren Unfallursachen verstummen.

Durch den Götsch-Tunnel wird fast der gesamte Bahnverkehr zwischen Luzern und der übrigen Schweiz geleitet. Der Tunnel ist zwar durchgehend zweigleisig, wird aber praktisch doch nur eingleisig benutzt; das westliche Gleis nimmt in beiden Richtungen den gesamten Bahnverkehr der Linien Luzern—Olten—Basel und Luzern—Bern auf, während das Ostgleis von allen Zügen der Linien Luzern—Gotthard und Luzern—Zürich in beiden Richtungen befahren wird. Der Zusammenstoß war möglich, weil sowohl der Züricher als auch der Gotthard-Zug in beiden Richtungen über das Ostgleis geleitet werden. Außerdem zeigt sich die oft kritisierte Verkehrskompliktion in der Ausfahrt des Luzerner Hauptbahnhofs darin, daß dort fünf große Linien überhaupt nur auf zwei Gleisen ein- und ausfahren. Endlich findet die in der Schweizer Öffentlichkeit oft geübte Kritik am „Einmannsystem“ durch die Götsch-Tunnelkatastrophe, die letzte große seit dem Bellinzona-Unglück im Jahre 1924, ihre Bestätigung. Man glaubt, daß sich das Unglück nicht ereignet hätte, wenn der Lokomotivführer des Schnellzuges mit zwei Führern besetzt gewesen wäre. Das „Einmannsystem“ wurde erst vor einigen Jahren trotz des Protestes der Gewerkschaften als Sperrmaßnahme eingeführt.

Verbrechen an einer Frau

In der Parforce-Heide bei Potsdam wurde am Mittwochabend ein schweres Verbrechen entdeckt. Am Rande einer Schonung fand man die Leiche einer Frau. Allem Anschein nach ist an der bisher Unbekannten etwa 20 Jahre alten ermordeten Frau ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden.

Gefährdung der Giffmörderin

Die im Juli dieses Jahres wegen Vergiftung ihres achtjährigen Sohnes — gemeinsam mit ihrer Mutter — auf Grund von Verdacht zum Tode verurteilte Lehrersfrau Elise Fiehm aus Karlsruhe hat jetzt im Gefängnis Baden ein umfassendes Gesundheitsabgeleht. Die Giffmörderin gesteht ihre Tat, hat aber zugleich ihren jetzigen nicht entangelligten Ehemann belächelt. Sie behauptet, daß er von Anfang an von ihrem Verbrechen Kenntnis gehabt hätte. Da aber bei der jetzigen Angaben der Frau Fiehm zahlreiche Widersprüche anzutreffen, steht das Gericht den Einzelheiten des Gesundheitsabgelehts sehr skeptisch gegenüber. Man vermutet, daß Frau Fiehm nur bestrebt ist, eine Wiederaufnahme der Verhandlung herbeizuführen. Die Staatsanwaltschaft hat eine genaue Nachprüfung angeordnet. Boreist findet im Nordhaus ein neuer Verfalltermin statt.

Theaterbrand in Worms

Von einem schweren Brandunglück wurde am Mittwochabend das Wormser Städtische Spiel- und Festhaus betroffen. Gegen 10 Uhr erklang Großfeueralarm, und noch ehe die Feuerwehren angetrieben waren, stand das Bühnenhaus in hellen Flammen. Der Brand war im Requisitenhaus ausgebrochen und trat sich bis zum Dachstuhl empor, der tragend bald darauf einstürzte. Die Feuerwehr bekämpfte das rauchende Element von allen vier Seiten und auch vom Zuschauerraum aus, da durch das Wasser hart in Mitleidenhaft gezogen wurde. Gegen 12 Uhr nachts konnte die Gefahr als endgültig beseitigt betrachtet werden. Während das Bühnenhaus vollkommen ausgebrannt ist, blieb der große Theateraal von dem eigentlichen Feuerhaden bewahrt. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet. Es wurde festgestellt, daß in den Abendstunden ein Einbruch verübt worden war. Die Diebe hatten es auf die Gelder abgesehen, die aus dem Kartenerlauf eingegangen waren. Sie fanden aber nichts vor und allem Anschein nach haben sie entweder aus Zorn hierüber absichtlich den Brand gelegt oder aber er ist durch eine weggeworfene Zigarette ausgebrochen.

Weihnachten: Caro-Urteil

Im Berliner Caro-Bestrafungs-Prozess wurde am Mittwoch die Verhandlung bis zum 2. Dezember ausgesetzt. Landgerichtsdirektor Ohnesorge teilte mit, daß der Angeklagte Geheimrat Caro an diesem Tage das letzte Wort erhalten werde. Die Urteilsverkündung ist für den gleichen Tag zu erwarten.

Hausfuchung bei Elorz

In der Wohnung des Konkursvergehens beschuldigten und des Betruges verdächtigten Berliner Großkaufmanns Heinrich Elorz, der vor einiger Zeit verhaftet wurde, fand eine gründliche Hausfuchung statt. Zahlreiche Akten wurden beschlagnahmt.

120 000 Mark Spargelder unterschlagen

In der Zwedtparkasse „Germania“ in Köln sind über 120 000 Mark Spargelder unterschlagen worden. Von den 7000 Kunden ist der größte Teil um Hab und Gut geprellt.

Die letzte Fahrt

Mit dem am Mittwoch mittags in Bremerhaven eingelaufenen Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Europa“ traf die sterbliche Hülle eines unterweas verstorbenen Kapitäns, des Kommodore Nikolaus Johanson auf deutschem Boden ein. Von der „Europa“ weilschwarze Wimpel, die Schiffe im Hafen hatten Halbmast geslagen. Auf dem Schiff fand eine Trauerfeier statt. Präsident Dr. Heinemann Norddeutschen Lloyd würdigte die Verdienste des Verstorbenen, der „um seiner Tüchtigkeit, seiner Treue und seinen warmen Herzen willen hochgeschätzt wurde und der allen, die in seiner Obhut anvertrauten, ein guter Freund und treuer Berater war“. Als der Sarg des toten Kommodore unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ von Bord getragen wurde, stand die Mannschaft schweigend Spalier. Die Beisetzung Johansons findet in seinem Heimatort Steinrade bei Lübeck statt.

Herr Friedlich

Vom Schnellhoffengericht Berlin-Mitte wurde der Denkschieber Friedlich zu sechs Monaten Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe verurteilt. Friedlich hat für 27 000 Mark F.G. Farben-Aktien und Reichsbankanteile, die er angeblich an Polen erhalten haben will, veräußert oder — wie er selbst angibt — für sich verbraucht, aber jedenfalls nicht entsprechend den bestehenden Vorschriften auf Sperrkonto gelegt. In einem zweiten Fall hat der Angeklagte für 53 000 Mark aus dem Ausland stammende Effekten bei einem Berliner Bankhaus unter seinem Namen verlaufen lassen. Der als Zeuge auftretende Rechtsanwalt Bohne, ein bekannter nationalsozialistischer Strafverteidiger, blieb wegen des Verdachts der Mitfälschung unvereidigt.

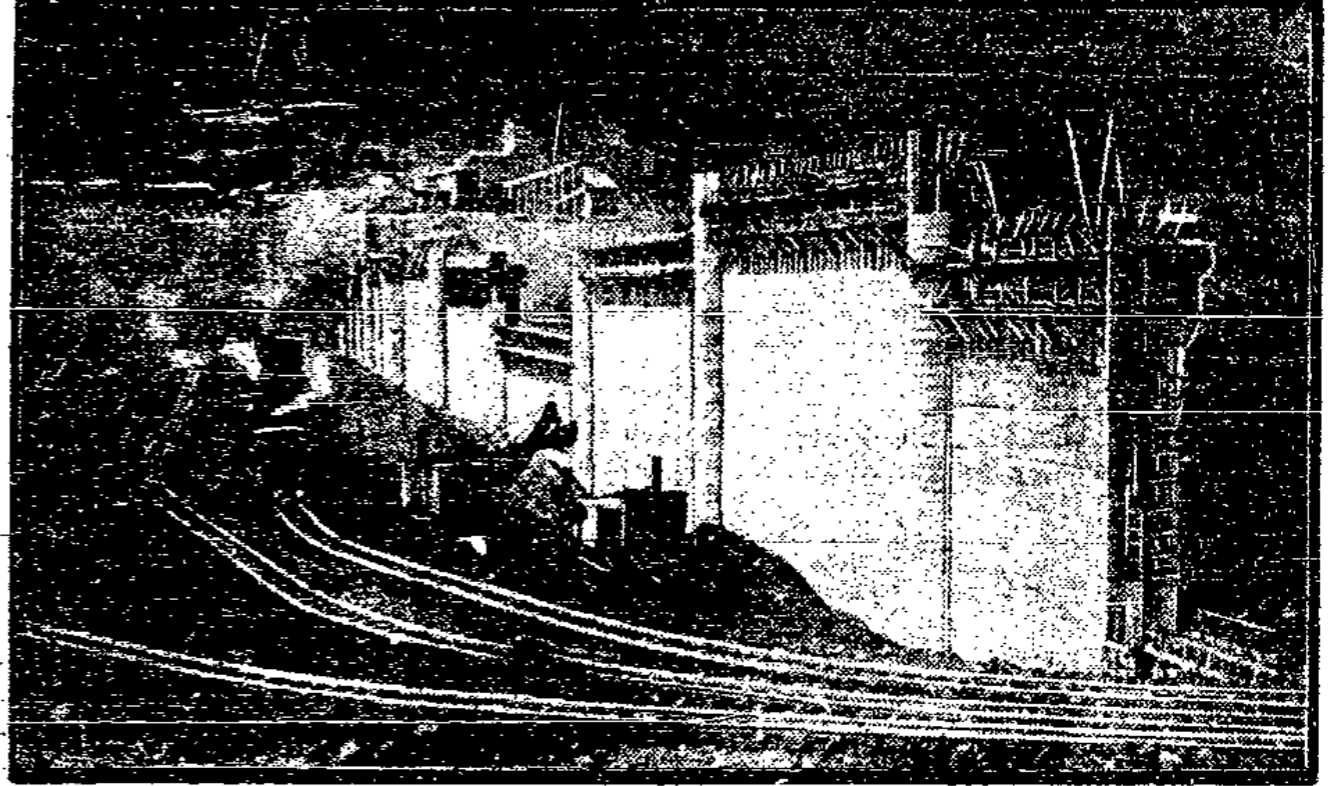
Erdsturz in Spanien

Elf Tote

Bei Alcala de Jucar (Provinz Alacete) in Spanien fand sich ein Erdsturz ereignet, der durch anhaltende Regengüsse in letzter Zeit hervorgerufen wurde. Gesteinsmassen rollten über vier Häuser. Elf Tote und 14 Schwerverletzte sind zu beklagen.

Auch eine Dberregulierung

Die kleine Schwester im Harz



Vom Bau der Dberalsperre,

die in der Nähe von Bad Lauterberg im Harz errichtet wird und bereits im nächsten Jahre Strom liefern soll: die Staumauer, die eine Höhe von 60 Meter hat und als Erdamm mit Betonkern ausgeführt ist. Die Länge des Hauptperredammes beträgt 310 Meter, der Stauraum wird 23 Millionen Kubikmeter fassen.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Notman



Heftiger, immer heftiger tobte der Streit, und Herr v. Köbel wird blau und grün. Bis auf einmal einer der Polizisten durch einen Schlag das Tan-entzwei hat und die ganze Gesellschaft herunterstürzt. Draußen ist gerade das Krankenhaus, und zwar die Liegehalle mit dem gläsernem Dach!

Mit furchtbarem Gekirch purzeln alle durchs Glas in die Halle; und nein, das ist doch wirklich ein Wunder, was nun geschieht! Alle die Kranken, die trotz aller Bemühungen des Arztes bis dahin nicht gehen oder stehen konnten, springen wie so Blich getroffen, aus ihrem Bett und sind im Nu aus dem Saal hinausgerannt. Ja, diejenigen, welche vor Schwäche seit Wochen keinen Laut hatten hervorbringen können, schrien am lautesten.